Am 20. Oktober sorgte eine Äußerung unseres Bundeskanzlers zum Stadtbild – also zur Situation in deutschen Innenstädten – für Empörung. Diese Reaktion steht sinnbildlich für ein politisches Establishment, das seit Jahren Menschen bereits für bloße Problembeschreibungen in die Ecke drängt. Manche politische Verantwortliche bedienen sich ähnlicher Rituale, wenn sie Kritik und sachliche Analysen als persönliche Angriffe verstehen und sich jeder sachlichen Diskussion entziehen.

Meinungsfreiheit darf kein Problem sein

Genau das ist der Kern des Problems: Viele Menschen haben inzwischen den Eindruck, ihre Meinung in unserem Land nicht mehr frei äußern zu können. Gerade wir als gewerkschaftspolitische Mandatsträger dürfen uns davon nicht einschüchtern lassen. Wir dürfen uns nicht in die Ecke drängen lassen, sondern Missstände offen ansprechen – auch dann, wenn es unbequem wird. Wer, wenn nicht wir, sollte den Mut haben, „das Maul“ aufzumachen?

Seit über zehn Jahren vertrete ich als Landesvorsitzender klar unsere Positionen. Dabei spüre ich, wie die Luft um uns herum dünner geworden ist. Wir erleben ein System, das unter dem Deckmantel der Loyalität Zurückhaltung von der Polizeiführung einfordert und am Ende der Polizei selbst schadet. Neben den bekannten Problemen bei Ausstattung, Ausrüstung, Personal, Beförderung und fehlenden Zukunftsperspektiven ist das vielleicht die größte Herausforderung – und eine Gefahr für die Demokratie und unsere Polizei. Genau das treibt mich nahezu unentwegt um.

Ein Stadtbild, das zum Nachdenken zwingt

Ein ehemaliger Präsident wurde gefragt, wie man Städte attraktiver gestalten und Einkaufen wieder zu einem Erlebnis machen könne. Bei einem Rundgang durch die Fußgängerzone notierte er sich betrunkene Menschen, Obdachlose, Bettler, Drogenabhängige, Schmutz, Müll und „Ekelecken“. Das Ergebnis war erschreckend: nicht nur der Anblick, sondern auch die Anzahl. Welche Menschen, welche Familien mit Kindern können unter solchen Bedingungen ein „Einkaufserlebnis“ finden?

Unser Bundesvorsitzender stellte einem litauischen Polizeikollegen die Frage, warum es dort keine Farbschmierereien oder durch Vandalismus zerstörte Bushaltestellen gebe. Die einfache Antwort: „Weil das verboten ist.“

Auch aus der Bevölkerung höre ich ähnliche Stimmen. Eine taffe junge Lehrerin erzählte mir, dass sie nachts bestimmte Straßen und Plätze meidet und selbst tagsüber Bahnunterführungen meidet. Mein verstorbener Vater fragte mich früher oft, warum niemand wirksam etwas dagegen unternehme, dass auf zentralen Plätzen Gruppen junger Männer Passanten belästigen.

Das Stadtbild hat sich verändert

Nicht nur in Großstädten, sondern überall hat sich das Stadtbild verändert. Immer häufiger werden wir Polizeibeschäftigte gefragt, warum Sicherheitskräfte in Rathäusern, Zulassungsstellen oder bei Veranstaltungen notwendig geworden seien. Was hat sich in unserem Land verändert – und warum?

Das Stadtbild ist ein Synonym für den Zustand unserer Gesellschaft – und zugleich Ausdruck einer negativen Entwicklung innerhalb der Polizei. Es steht für ein politisches Totalversagen einiger weniger politischer Verantwortungsträger und Teile der Ministerialbürokratie, die sich aus falsch verstandener Loyalität ihren eigentlichen Aufgaben entziehen und damit selbst Teil des Systems und Problems sind.

Die Zeit drängt

Wir müssen dieses Stadtbild wieder in Ordnung bringen – gemeinsam mit denen, die handeln wollen, oder mit anderen, die dazu willens und in der Lage sind. Lange haben wir dafür keine Zeit mehr. Vielleicht wäre das konsequente Erfassen und Anzeigen von Graffiti und Farbschmierereien ein Anfang – so wie Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer es vormachte, als er per Fahndungsfoto auf Facebook nach den Tätern suchte, die ein frisch renoviertes Haus beschmiert hatten.

Und vielleicht gehen wir im nächsten Schritt die Ursachen an – jene Rahmenbedingungen, die mitverantwortlich dafür sind, dass sich unser Stadtbild und unsere Polizei so entwickelt haben.

Ihr/Euer Ralf Kusterer

Gespräch im Staatsministerium

Lebens- und Wochenarbeitszeit, Führungsgrundsätze und Nachtragshaushalt

Zu den strategischen Stärken von Ralf Kusterer gehört es, die Einflussmöglichkeiten in allen Bereichen konsequent auszubauen – nicht nur auf gewerkschaftspolitischer Ebene, sondern auch mit und durch die Personalvertretungen. Besonders wertvoll ist dabei der direkte Zugang zu Entscheidungsträgern, deren Einfluss in der Regel über dem Innenministerium liegt.

Am 10. Oktober 2025 bot sich hierzu erneut Gelegenheit bei einem Jour fixe im Staatsministerium. Der Staatsminister und Chef der Staatskanzlei, Jörg Krauss, und Ralf Kusterer kennen sich seit Jahren persönlich. Das Gespräch verlief offen – wie man es in den vergangenen Jahren selten erlebt hat –, was sicher auch dem neuen Mann an der Seite des Ministerpräsidenten geschuldet ist.

Eberhard Strayle, Ralf Kusterer und Jörg Krauss (von links)

Besonders hervorzuheben ist die Haltung des Staatsministers zur Arbeitszeit: Er bevorzugt eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Beamte gegenüber einem Lebensarbeitszeitkonto, was den Forderungen der DPolG entspricht. Die Einschätzung, dass in absehbarer Zeit eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit folgen könnte, überrascht indes nicht. Ablehnungen freiwilliger Verlängerungsanträge in den Polizeipräsidien beschleunigen diesen Schritt in Richtung „Unfreiwilligkeit“. Kusterer sprach sich daher für besondere Regelungen in den operativen Bereichen von Polizei, Feuerwehr und Justiz aus: Die Wochenarbeitszeit müsse zunächst reduziert und die Lebensarbeitszeit auf 62 Jahre garantiert werden. Dabei müsse der Grundsatz „Freiwilligkeit vor Zwang“ weiterhin gelten.

Erfreuliche Nachrichten gibt es im Hinblick auf den Nachtragshaushalt: Es sind keine grundsätzlichen Verbesserungen vorgesehen, vielmehr werden die Gelder aus dem Sondervermögen verteilt. Für die Haushaltsjahre 2025/2026 stehen dem Land rund 600 Millionen Euro zur Verfügung. Bei den Tarifverhandlungen – auch für die Tarifbeschäftigten in der Polizei – wird eine Angleichung an den TVöD angestrebt, wovon ebenfalls die Beamtinnen und Beamten profitieren werden.

Ein schneller Tarifabschluss ist jetzt besonders wichtig, da der Landtag nach der zweiten Tarifrunde das letzte Mal zusammentritt. Nach den Landtagswahlen kann dann frühestens im nächsten Mai wieder ein Gesetz zu Besoldungs- und Versorgungsbezügen verabschiedet werden.

Dass das Staatsministerium plant, neue Führungsgrundsätze für die Landesverwaltung zu veröffentlichen, überrascht ebenso wenig wie die deutliche Handschrift von Jörg Krauss, der bereits mit seinem Wertepapier im Innenressort Akzente gesetzt und die Finger in die Wunde gelegt hat. An der Abarbeitung der Leitplanken in der Polizei haben jedoch sicher nicht nur wir unsere Zweifel. —

INHALT

2 Gespräch im StaMi

3 Landtagsempfang Personalrat

4 DPolG vor Ort

4–5 Jahreshauptversammlungen

6 Kommission BePo tagt in Berlin

7–8 Oliver Auras und Berthold Kibler gehen in den Ruhestand

Im Austausch mit Wolfgang Bosbach, Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages (2009–2015)

Er ist einer der bekanntesten und in der Bevölkerung anerkanntesten Unionspolitiker – in der DPolG besonders geschätzt für seine starke eigene Meinung und sein Rückgrat, auch bei Gegenwind aus der eigenen Partei. Ein brillanter Redner und Analytiker, der mit Schlagfertigkeit und Witz begeistern kann. Einer, von dem man lernen kann – und dessen Tipps und Einschätzungen wertvoll sind. —

Dirk Preis, designierter Landesvorsitzender, und Wolfgang Bosbach (CDU) (von links)

Empfang der Landtagspräsidentin für Personalratsmitglieder

Eine lange Tradition, die der damalige Landtagspräsident Guido Wolf (CDU) ins Leben gerufen hatte, wurde in der ersten Oktoberwoche fortgesetzt: der Empfang der Landtagspräsidentin für Personalratsmitglieder, die den Fachgewerkschaften des Beamtenbundes angehören.

Die Einladung wurde gerne angenommen, auch wenn zeitgleich auf dem Cannstatter Wasen der Blaulichtwasen stattfand. Gerade deshalb bot die Veranstaltung die Gelegenheit, mit Abgeordneten ins Gespräch zu kommen – etwa über Defizite bei der Beteiligung und Einbindung der Personalvertretungen, fehlende Wertschätzung und Maßnahmen mit „Gschmäckle“.

In ihrem Grußwort betonte die Landtagspräsidentin Muhterem Aras, dass sie den undifferenzierten Rufen nach einer Verkleinerung der Beamtenschaft skeptisch gegenüberstehe. „Hartnäckig hält sich die Forderung nach einem schlanken Staat, als wäre weniger immer automatisch besser. Als ließe sich staatliches Handeln auf reine Effizienzkennzahlen reduzieren.“ Aras fügte hinzu: „Der Staat ist kein Unternehmen und die Demokratie kein Geschäftsmodell. Wer den öffentlichen Dienst schrumpft, schwächt die Resilienz unserer Gesellschaft.“

Bei einer anschließenden Podiumsdiskussion fühlten sich auch SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch und CDU-Abgeordneter Christian Gehring dazu aufgerufen, ein Bekenntnis zum Berufsbeamtentum abzugeben. Schlagfertig wie immer bot Hans-Ulrich Rülke, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und als einer der brillantesten Redner des Landtags bekannt, dem SWR-Moderator Axel Glaser sogar an, das uneingeschränkte Bekenntnis zum öffentlichen Dienst und zu allen dort Beschäftigten in den kommenden Wochen täglich im SWR zu wiederholen.

Rülke punktete an diesem Abend deutlich: nicht nur dadurch, dass er mit der Streichung einer Verwaltungsebene kein Personal abbauen möchte, sondern auch, dass er Kai Rosenberger, dem BBW-Vorsitzenden, aufzeigte, dass Beamte sehr wohl als Steuerzahler an der Finanzierung der Renten beteiligt sind. Und das, ohne direkt daraus Leistungen zu erhalten. Schließlich werden die Renten durch einen Zuschuss aus den Steuereinnahmen mit rund 100 Milliarden Euro gestützt – ein Argument, das sich gut in der Diskussion gegen Einheitsrenten und Bürgerversicherung heranziehen lässt.

In einer späteren Presseveröffentlichung wies Frau Aras darauf hin, dass der Empfang die wertvolle Arbeit der Personalrätinnen und Personalräte würdigt und gleichzeitig den direkten Dialog zwischen Praxis und Politik ermöglicht.

Ein Angebot, das von den teilnehmenden Polizeivertretern gerne wahrgenommen wurde. Das Bild nach einem Gespräch mit der Landtagspräsidentin zeigt einen großen Teil der Gruppe. Nicht auf dem Bild zu sehen waren Joachim Beppler (GPR-Vorsitzender der HfPol), Tommy Braunger (ÖPR-Vorsitzender HfPol Biberach), Steffen Wacker (ÖPR-Vorsitzender HfPol Lahr) sowie Andreas Bix (ÖPR-Vorsitzender Offenburg) und seine Stellvertreterin Iris Soldo, die zu diesem Zeitpunkt bereits bei politischen Gesprächen im Foyer des Landtags waren.

DPolG vor Ort

Ortsverband Ehingen

Es sind die Begegnungen mit der Basis – den Kolleginnen und Kollegen auf dem Polizeirevier –, die Besichtigung von Diensträumen, der Blick hinter die Kulissen und der direkte Austausch, die uns bewegen. Es ist der „O-Ton“, direkt, offen und im vertrauten Umfeld, bei dem man Probleme und Herausforderungen, aber auch Wertschätzung unmittelbar erfährt – den Dank dafür, dass man sich für das eine oder andere eingesetzt hat, oder den Hinweis auf Themen, für die man sich künftig einsetzen sollte.

Der DPolG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer besuchte bereits im Mai das Polizeirevier Ehingen (Donau). Der Stammsitz eines kleinen Ortsverbandes, der den größten Teil der Beschäftigten organisiert und in dem Kollegialität und Zusammenhalt großgeschrieben werden. Im Wachraum, beim Besuch der Kolleginnen und Kollegen in den Büros und anschließend im Sozialraum nahm sich der Landesvorsitzende Zeit, um zu hören, wo der Schuh drückt, was gut läuft – und was nicht. Der Ortsvorsitzende Hansjürgen Schmiedeberg hatte mit seinem Team für Speisen und Getränke gesorgt.

Eine tolle „DPolG vor Ort“-Veranstaltung – mit Unterstützung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Personalratswahl im Polizeipräsidium Ulm.

Jahreshauptversammlungen

Ludwigsburg

Neuer KV-Stellvertreter und neuer Vertreter JUNGE POLIZEI gewählt

Der Kreisverband Ludwigsburg hatte im Juni wieder in das „ASV-Heim“ in Oßweil zur Jahreshauptversammlung eingeladen. Zahlreiche Mitglieder waren dabei, darunter auch Ali Schaub, der ehemalige Kreisvorsitzende und ÖPR-Vorsitzende, der leider wenige Wochen später unerwartet verstorben ist. Vom Landesverband waren der Landesvorsitzende Ralf Kusterer und die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert anwesend. Kusterer nutzte

die Gelegenheit, um sich bei den treuen und langjährigen Teilnehmenden zu bedanken und in seiner Funktion zu verabschieden, da er im Dezember das Amt in jüngere Hände übergibt. Leinert wurde – wie immer – von den „VfB-Dunkelroten“ im Kreisverband freudig begrüßt, teilt sie doch die Leidenschaft für den VfB Stuttgart.

Die Formalitäten wurden zügig und professionell vom Kreisvorsitzenden Uli Rothmund abgewickelt. Da wusste er noch nicht, dass er kurze Zeit später erneut als ÖPR-Vorsitzender bestätigt und zudem als erstes Ersatzmitglied in den Hauptpersonalrat der Polizei beim Innenministerium gewählt werden würde. Zwar standen keine regulären Wahlen an, doch mit Tobias Maier konnte ein weiterer Stellvertreter des Kreisvorsitzenden gewählt werden, und mit Fabian Filser ein Vertreter der JUNGEN POLIZEI, der bereits auf Bundes- und Landesebene aktiv ist. In seiner Rede ging Ralf Kusterer auf aktuelle Entwicklungen ein und hatte dabei sowohl für aktive Kolleginnen und Kollegen als auch für Pensionäre und Rentner interessante Informationen im Gepäck. Besonders wichtig war ihm der Dank an alle Mandatsträger im Kreisverband, die sich mit großem Engagement für die Mitglieder einsetzen.

Reutlingen

Nachwahlen und Ehrungen am 5. Juni 2025 im „Alten Bahnhof“

Wer den Gleisen zum Veranstaltungsort „Alter Bahnhof Pfullingen“ folgen wollte, hatte Pech – der Name scheint hier nicht Programm zu sein. Die Inneneinrichtung war ansprechend, und die Speisen luden zur Wiederholungstat ein.

Eingeladen hatte der Kreisvorsitzende Kai-Nils Reinhard und gekommen waren nicht nur seine Vorstandsmitglieder, sondern zahlreiche Mitglieder.

Als Ehrengäste konnte er Oliver Auras, den ehemaligen ÖPR-Vorsitzenden, die benachbarten Kreisvorsitzenden aus Tübingen und Esslingen sowie den Landesvorsitzenden Ralf Kusterer und die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert begrüßen. Natürlich standen die Personalratswahlen im Mittelpunkt – kräftig wurde nochmals die Wahltrommel gerührt und aktuelle Themen diskutiert. Es war wie immer eine interessante und informative Veranstaltung, bei der auch der Austausch untereinander und das sogenannte „gemütliche Beisammensein“ nicht zu kurz kamen.

Kai-Nils Reinhard war bestens vorbereitet und konnte mit einem guten und detaillierten Bericht überzeugen. Kassenprüf- und Kassenbericht waren klar und eindeutig, sodass die Entlastung einstimmig erfolgen konnte. Zahlreiche Mitglieder wurden für ihr Engagement geehrt – darunter eine der dienstältesten Frauen der Schutzpolizei, die der DPolG angehört.

© DPolG

+++++ Letzte Meldung ++++++ Letzte Meldung ++++++

Kurz vor Redaktionsschluss erreichten uns die Termine für die beliebten Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“:

05.02.2026 bis 06.02.2026
04.03.2026 bis 05.03.2026
05.03.2026 bis 06.03.2026
13.04.2026 bis 14.04.2026
23.04.2026 bis 24.04.2026
01.06.2026 bis 02.06.2026
02.06.2026 bis 03.06.2026
23.07.2026 bis 24.07.2026
30.07.2026 bis 31.07.2026
01.09.2026 bis 02.09.2026
02.09.2026 bis 03.09.2026
04.11.2026 bis 05.11.2026
05.11.2026 bis 06.11.2026
30.11.2026 bis 01.12.2026
01.12.2026 bis 02.12.2025

Für zukünftige Rentner/innen:

16.11.2026 bis 17.11.2026
17.11.2026 bis 18.11.2026

Anmeldungen an:
60plus@dpolg-bw.de

© DPolG

Kommission Bereitschaftspolizei tagt in Berlin

Vom 7. bis 9. September 2025 fand in Berlin die Jahrestagung der Kommission Bereitschaftspolizei statt. Der DPolG-Landesverband Baden-Württemberg – und damit die Interessen der Bereitschaftspolizei des Landes – wurde dort durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Jürgen Engel sowie den Kreisvorsitzenden PP Einsatz Freiburg, Markus Baumgärtner, vertreten.

Am Ende der Veranstaltung stellte Jürgen Engel fest: „Es ist ein schwacher Trost, dass wohl alle Bereitschaftspolizeien der Länder unter den gleichen Problemen leiden. Aber wer die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten will, kommt an einer personellen Stärkung sowie an einer optimalen Ausrüstung und Ausstattung nicht vorbei.“ Kollege Baumgärtner ergänzte:

„Wer einen Einsatzzug zur Unterstützung anfordert, muss auch einen Einsatzzug in voller Stärke bekommen. Es kann doch nicht sein, dass man in der länderübergreifenden Unterstützung zwei Einsatzzüge anfordern muss, um nach den geltenden Regelungen zumindest die Stärke eines Einsatzzuges zu erreichen.“

Wichtiger Austausch mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt, MdB, und Staatssekretär Christoph de Vries, MdB

Die Mitglieder der Kommission Bereitschaftspolizeien der Länder und der Bundesbereitschaftspolizei konnten am 8. September 2025 in einem direkten Austausch mit der politischen Leitung des Bundesinnenministeriums zentrale Anliegen der Bereitschaftspolizei, wie beispielsweise die defizitäre Finanzierung der Fahrzeugbeschaffung, an den Bundesminister herantragen. Minister Dobrindt zeigte sich offen und wertschätzend gegenüber der Bereitschaftspolizei. Er sagte die Prüfung der Mittelzuweisungen sowie die mögliche Nutzung alternativer Finanztöpfe zu. Außerdem nahm der Minister die Empfehlung der Kommission auf, das Thema Drohnenabwehr auf einheitliche Füße zu stellen und es in der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder zu behandeln. Gerade das Thema Drohnen war von hoher Aktualität, nachdem in derselben Woche über Polen russische Drohnen abgeschossen werden mussten.

Die Kommission wird seit Jahren vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ralf Kusterer sowie dem Landesvorsitzenden aus Sachsen-Anhalt und Bundesvorstandsmitglied Olaf Sendel geleitet. Seit drei Jahren tagt sie regelmäßig in Berlin, um vor Ort in direkten Gesprächen mit der Politik oder dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder (IBPdL) aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen zu erörtern. Parallel dazu erfolgt die gewerkschaftspolitische Begleitung bei Forderungen nach Zulagen, Arbeitszeitvergütungen sowie beim Einsatz der Kräfte im Rahmen ihrer Kernkompetenzen. Ebenfalls eingebunden sind die Ansprechpartner der DPolG Bundespolizeigewerkschaft, die regelmäßig aufzeigen, vor welchen Herausforderungen die Bundesbereitschaftspolizei steht – aktuell insbesondere durch Dauereinsätze an der Grenze, bei denen Hundertschaften oder Abteilungen jeweils für eine Woche oder länger dorthin verlegt werden.

Mit auf dem Gruppenfoto mit dem Bundesinnenminister: Dirk Preis und Sarah Leinert, die ebenfalls an dem Gespräch teilgenommen hatten.

© DPolG

+++++ Letzte Meldung – DPolG erreicht Beibehaltung der Studienplätze +++++

Nachdem die Zahl der Ausbildungsplätze für den gehobenen Dienst (POKA) erhöht werden musste, war lange Zeit unklar, ob die Plätze für die sogenannten Regelaufsteigerinnen und Regelaufsteiger aus dem mittleren Polizeivollzugsdienst (PVD) reduziert werden. Die DPolG hat sich von Beginn an für den Erhalt dieser Aufstiegsplätze eingesetzt. Jetzt steht fest: Für das Studium im Ausbildungsdienst zum Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst (gPVD) bleibt es ab dem 1. April 2026 bei 448 Studienplätzen. Alle, die das Studium zu diesem Zeitpunkt beginnen, werden auf das jeweilige Zulassungskontingent angerechnet – auch diejenigen, die aus früheren Jahrgängen beispielsweise wegen Elternzeit zurückgestellt wurden.

Oliver Auras im Ruhestand

Abschied mit großem „Bahnhof“ in Esslingen

Am 22. Mai 2025 wurde der stellvertretende Landesvorsitzende Oliver Auras in den dienstlichen Ruhestand verabschiedet – die Betonung liegt auf dienstlich, denn er bleibt der DPolG-Familie in mehreren Funktionen erhalten.

Zahlreiche Gäste aus der gesamten Blaulichtfamilie sowie aus seiner Familie waren der Einladung von EKHK Auras in die Aula der Esslinger Agnespromenade gefolgt, um seiner Verabschiedung durch Polizeipräsident Udo Vogel beizuwohnen. Unter den Ehrengästen befanden sich unter anderem DPolG-Landesvorsitzender und HPR-Vorsitzender Ralf Kusterer, MRin Anke Ströbele (IM-LPP) sowie Ltd. PD Markus Schweikert und viele Mandatsträger der DPolG.

In seiner Rede würdigte Polizeipräsident Vogel den langjährigen ÖPR-Vorsitzenden des PP Reutlingen als verlässlichen Partner, engagierten Interessenvertreter sowie immer fairen Verhandlungspartner und fand lobende Worte für sein stetiges Engagement und seine Beharrlichkeit in allen Sach- und Personalangelegenheiten. Als symbolisches Geschenk erhielt Auras – bekannt als Verfechter des Wassersprudlers – eine Flasche Mineralwasser und eine „Oskar“-Figur, angelehnt an seinen Spitznamen.

Ralf Kusterer, als langjähriger Freund und Wegbegleiter, hob die besonderen Verdienste von Oliver Auras in der Personalvertretung hervor. Vor der Polizeireform war er Mitglied des ÖPR der Polizeidirektion Esslingen und des Bezirkspersonalrats bei der LPD Stuttgart, später Vorsitzender des ÖPR beim PP Reutlingen sowie Mitglied und zuvor Ersatzmitglied im Hauptpersonalrat der Polizei beim Innenministerium. Besonders hervorzuheben ist sein Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft der ÖPR-Vorsitzenden, den er von Peter Mangel übernahm. Dafür erhielt er eine Urkunde des Hauptpersonalrats.

In seiner gewerkschaftlichen Funktion war Auras zehn Jahre lang stellvertretender Landesvorsitzender und engster Begleiter von Ralf Kusterer, der ihn augenzwinkernd seinen „Ersten Stellvertreter“ nannte – eine Anspielung darauf, dass er im Grunde genommen immer zur Verfügung stand und regelmäßig seine Vertretung übernahm. Er engagierte sich in zahlreichen Gremien auf Landes- und Bundesebene und war überall als Gewerkschafter mit klaren

© DPolG (2)

Grundsätzen, klarer Meinung und Streitkultur geschätzt. Auch die DPolG-GmbH formte er mit großem ehrenamtlichen Einsatz zu einem gesunden Unternehmen.

Der aktuelle ÖPR-Vorsitzende Michael Rilling brachte seine Würdigung mit spürbarer Wertschätzung – und einer guten Portion Humor – auf den Punkt: Oliver Auras sei ein „brillanter Stratege, bestens vernetzter Strippenzieher, geachteter Silberrücken, geschätzter Gewerkschafter und gefürchteter Polterer“. Eine Beschreibung, bei der so mancher im Saal schmunzeln musste. Über 180 Sitzungen habe er geleitet, rund 12 000 Vorlagen bearbeitet und mit vier Präsidenten zusammengearbeitet. Rilling ergänzte: „Du weißt genau, wie man auf der Klaviatur der Verhandlungsführung spielt – mal melodisch in C-Dur, mal druckvoll im Bass. Und – das können Sie mir glauben – er ist ein begnadeter Bassist.“

Allen Rednern gemeinsam war die Anerkennung seines außergewöhnlichen Engagements für Kolleginnen und Kollegen. Nach dem Abitur begann Auras 1980 bei der Bereitschaftspolizei in Biberach und wechselte 1988, nach einem kurzen Gastspiel beim ehemaligen PR Plochingen, zur Kriminalpolizei. Nach Abschluss des Studiums an der HfPol fand er insbesondere bei der Fahndung seine persönliche Bestimmung. Er übernahm fortan diverse Führungsfunktionen innerhalb der KP, wirkte in zahlreichen Sonderkommissionen mit, war Mitglied der Verhandlungsgruppe und in seinen Reihen ein stets wertgeschätzter Chef.

Mit einem Appell an Geschlossenheit, Mut und Werteerhalt sowie einem herzlichen Dank an seine Familie – allen voran seine Frau Anita – verabschiedete sich Oliver Auras unter lang anhaltendem Applaus von „seiner“ Polizei. –

Berthold Kibler (HfPol) im Ruhestand

Verabschiedung mit Rückblick auf eine Traumberufung

Am 29. Juli 2025 wurde der langjährige Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg, **Berthold Kibler**, in den Ruhestand verabschiedet. Nach über 46 Dienstjahren trat der Erste Polizeihauptkommissar zum 1. August 2025 seinen wohlverdienten Ruhestand an. Im Kreise von Kolleginnen und Kollegen sowie seiner Familie erhielt er in Biberach im Rahmen einer Feierstunde die Dankesurkunde des Landes Baden-Württemberg aus den Händen von Präsident **Matthias Zeiser**.

Der in Bad Wurzach wohnhafte Berthold Kibler begann seine Polizeilaufbahn im März 1979 bei der Bereitschaftspolizei Biberach. Nach abgeschlossener Ausbildung blieb er als junger Gruppenführer im Stammpersonal der Einsatzabteilung. 1990 folgte die Zulassung zum Studium für den gehobenen Polizeivollzugsdienst an der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen. Nach dem erfolgreichen Abschluss war er ab 1993 in Böblingen und anschließend wieder in Biberach tätig – in der Öffentlichkeitsarbeit, der Stabsarbeit und als Dozent in der Ausbildung. Bereits früh entdeckte er seine Leidenschaft für die Personalratsarbeit und wurde in jungen Jahren in den örtlichen Personalrat gewählt – eine Aufgabe, die ihn bis zum Ruhestand begleitete und bei der ihm immer die persönlichen und dienstlichen Belange der Kollegenschaft am Herzen lagen.

Mit der Polizeistrukturreform 2014 ging die Bereitschaftspolizeidirektion Biberach in der neuen Hochschule für Polizei Baden-Württemberg auf. Der Aufbau der Neustruktur mit den Personalvertretungen an acht Standorten war organisatorisch anspruchsvoll. Sein Arbeitsplatz blieb weiter an seinem angestammten Dienstsitz in Biberach, wo er den Vorsitz des örtlichen Personalrats und 2019 den des Gesamtpersonalrats übernahm – verantwortlich für über 5 500 Beschäftigte. Die größten Herausforderungen waren in den letzten Jahren die Bewältigung der Coronapandemie und die seit rund zehn Jahren andauernde Einstellungsoffensive der Polizei Baden-Württemberg.

Vielleicht waren es ja die Kindheitserlebnisse, die Berthold Kibler so geprägt haben, wie viele ihn kennen. Früh verlor er seinen Vater und half als Kind, den elterlichen Landwirtschaftsbetrieb mit Zuversicht und Fleiß fortzuführen. Seine Erzählungen von dieser Zeit erfüllten viele Zuhörerinnen und Zuhörer mit großem Respekt.

Sein Engagement galt stets den Menschen – auch über den Polizeidienst hinaus. Er war jahrzehntelang ehrenamtlich aktiv: als Gemeinderat in Bad Wurzach, Mitglied des Kreistags Ravensburg und seit über 20 Jahren als ehrenamtlicher Richter am Landessozialgericht Stuttgart. Zudem ist Kibler über viele Jahre das Gesicht der **DPolG** in Biberach – mit schätzungsweise über 5 000 Neumitgliedern, die er persönlich für die Gewerkschaft gewann. Auch im Ruhestand bleibt er der DPolG verbunden.

Präsident Matthias Zeiser dankte ihm im Namen der Hochschule und der Polizei des Landes für seine jahrzehntelange, verlässliche Arbeit und sein großes Engagement. **Ralf Kusterer**, Landesvorsitzender der DPolG und Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei, würdigte Kiblers herausragende Verdienste in der Personalvertretung – vom Bezirkspersonalrat beim Bereitschaftspolizeipräsidium über den mehr als 40-köpfigen Übergangspersonalrat der HfPol bis zum Ersatzmitglied des Hauptpersonalrats beim Innenministerium. In gewerkschaftlicher Funktion würdigte Kusterer die Verdienste als Kreisvorsitzender der HfPol Biberach und in anderen Funktionen im Kreisverband, als Bezirksvorsitzender der HfPol, Mitglied im Landesvorstand und Landeshauptvorstand und nicht zuletzt in den verschiedenen Gremien des Beamtenbundes und der DPolG Bund.

Mit den Worten „Ich bin jeden Tag gerne zur Arbeit gegangen und dankbar, dass ich stets unfallfrei von meinen vielen Dienstfahrten zurückgekehrt bin – aber jetzt freue ich mich auf den neuen Lebensabschnitt“ beendete Berthold Kibler seine mit langem Beifall bedachte Abschiedsrede.

© DPolG

IMPRESSUM

Redaktion:
Jörg Kluge (V. i. S. d. P.)
Telefon: +49.172.1397377
E-Mail: Joerg.Kluge@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Tel.: 0711.9979474-0
Fax: 0711.9979474-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
Internet: www.dpolg-bw.de

ISSN 0723-1830